

Antrags-Nr.: 1.4-037

Thema: Weiterentwicklung des Pflegesystems in Deutschland

Das Pflegesystem in Deutschland ist weiterzuentwickeln. Das betrifft aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt folgende zentrale Elemente:

1. Verbesserung der Leistungen für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen
 - a. Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs
Die AWO fordert die politisch Verantwortlichen auf, die dringenden politischen Weichenstellungen für die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs anzugehen und einen verbindlichen politischen und zeitlichen Rahmen für die Umsetzung zu schaffen.
 - b. Ausbau der Pflegeberatung
Die AWO fordert den gesetzlichen Beratungsanspruch durch Einführung eines Beratungsgutscheins in die Hand des Versicherten selbst zu geben. Einen Beratungsgutschein in Höhe eines festzulegenden Wertes pro Kalenderjahr, welcher der Preisentwicklung einer professionellen Beratungsleistung entspricht, sollen die Bürgerinnen und Bürger erhalten, die einen Antrag auf Feststellung der Pflegebedürftigkeit gemäß § 18 SGB XI gestellt haben oder Altersrente bzw. Erwerbsminderungsrente beziehen.
 - c. Stärkung von Prävention und Rehabilitation
Die AWO fordert ein gesondertes Budget für die medizinische Rehabilitation im Alter bzw. für die geriatrische Rehabilitation einzurichten, das allerdings aus Mitteln der GKV zu finanzieren ist, da medizinische Rehabilitation originäre Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung ist. Eine Verlagerung in das Teilkaskosystem Pflege ist dringend abzulehnen.
 - d. Stärkung der wohnortnahen und vernetzten Versorgung
Die AWO fordert die Rolle der Kommunen bei der Entwicklung von pflegerischen Versorgungsstrukturen und beim Aufbau einer wohnortnahen, nutzerorientierten Versorgung zu stärken.
 - e. Bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
Die AWO fordert die Situation für alle pflegenden berufstätigen Angehörigen zeitnah zu verbessern. Dazu braucht es einen selbstbestimmten Anspruch auf Beratung, kurzfristige Freistellungsmöglichkeiten ohne Lohnverlust und einen Anspruch auf Kuren, um die eigene Gesundheit zu erhalten. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Zeit gewähren, die sie benötigen, um ihre Pflegeverantwortung wahrnehmen zu können.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2012
23.11. – 25.11.2012 in Bonn

- f. Vorrang der ambulanten Pflege

Die AWO fordert die Pflege(-versicherung) so umzugestalten, dass sie ein höheres Maß an Nutzerorientierung gewährt. Das impliziert auch eine Pflege zu ermöglichen, wonach Pflegebedürftige solange wie möglich in der vertrauten Umgebung bzw. der Häuslichkeit verbleiben können und dort hinreichend versorgt sind. Hierzu zählt auch die Stärkung der Häuslichen Krankenpflege als wichtigen Baustein für die pflegerische Versorgung in der Häuslichkeit. Die Vergütungssätze im Bereich der Häuslichen Krankenpflege müssen sachgerecht erhöht werden.
2. Verbesserung der Situation der Einrichtungen und ihrer Beschäftigten
 - a. Angemessene Bezahlung der Beschäftigten in der Pflege und die Refinanzierung von tariflichen Vergütungsstrukturen

Die AWO fordert gute Verdienstmöglichkeiten durch Tarifverträge statt bisheriger Niedriglohnstrategie und fordert die politisch Verantwortlichen auf, bundeseinheitliche Qualitätsstandards in der Weiterbildung zu erlassen sowie für eine wechselseitige Anerkennung landesrechtlich geregelter Abschlüsse zu sorgen. Darüber hinaus muss sich auch die Teilnahme an (Weiter-) Bildungsmaßnahmen künftig in der Vergütung niederschlagen und durch die Kassen refinanziert werden
 - b. Erhalt der Altenpflegerischen Kompetenzen

Die AWO fordert die politisch Verantwortlichen in Hinblick auf die weiter steigende Zahl alter und/oder pflegebedürftiger Menschen auf, sich für den Erhalt der spezifischen Altenpflegekompetenzen einzusetzen und diese weiter zu entwickeln. Hierbei sind die Entwicklungen im Zusammenhang mit der derzeitigen Überarbeitung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie und der Anhebung der Zugangsvoraussetzungen zu berücksichtigen.
 - c. Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel

Die AWO fordert die politisch Verantwortlichen auf, die gesellschaftliche Aufgabe „Pflege“ strategisch und nachhaltig zu sichern. Hierzu gehört auch, die notwendigen finanziellen Mittel für Maßnahmen zur Gewinnung von geeigneten Personen für den Pflegeberuf bereit zu stellen.
 - d. Stärkung der einrichtungsinternen Qualitätsentwicklung

Die AWO fordert die politisch Verantwortlichen dazu auf, die gesetzlichen Weichenstellungen vorzunehmen und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Ergebnisse aus dem Projekt „Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“ in die Praxis umgesetzt werden können.
3. Weiterentwicklung der Selbstverwaltung im SGB XI

Die AWO fordert die politischen Verantwortlichen auf, gemeinsam mit allen Beteiligten verbindliche Strukturen der Selbstverwaltung zu schaffen, die die Partner der Selbstverwaltung zu gleichberechtigten Akteuren macht. Die Vertreter der relevanten Verbraucher- und Selbsthilfeorganisationen sind dabei einzubeziehen.